

Stand: 28.03.2024 21:23:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/9262

"Keine Kürzung der Städtebauförderung"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/9262 vom 12.07.2011
2. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 14.07.2011
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/10126 des KI vom 27.10.2011
4. Beschluss des Plenums 16/10258 vom 09.11.2011
5. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 09.11.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Kürzung der Städtebauförderung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Städtebauförderungsmittel auf dem früheren Niveau vor den verschiedenen Kürzungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung fortgeführt werden.

Begründung:

Die Studie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bestätigt die großen volkswirtschaftlichen Wirkungen des Erfolgsmodells Städtebauförderung. Ein Euro Städtebauförderung regt 7,80 Euro öffentliche und private Investitionen an. Außerdem generiert sie über Steuerrückflüsse und Sozialversicherungsbeiträge immense Mehreinnahmen für den Bund und sichert zahlreiche Arbeitsplätze, in diesem Jahr 152.000.

Vor diesem Hintergrund sind weitere Kürzungen um 40 Mio. Euro auf 410 Mio. Euro für das Jahr 2012 grundfalsch. Gegen diese Kürzungen gibt es erheblichen Widerstand – und das nicht nur bei Verbänden, Wissenschaft und Praktikern der Stadtentwicklung. Auch alle Minister der Bauministerkonferenz haben sich einstimmig gegen diese Kürzung ausgesprochen.

Die Städtebauförderung muss mindestens mit 610 Mio. Euro jährlich fortgeführt werden. Nur so kann Lebensqualität und Stabilität in unseren Städten gewährleistet werden. Neben nicht-investiven Maßnahmen und Bürgerbeteiligung muss der ressortübergreifende Ansatz aller Programme, insbesondere auch der sozialen Stadt, gestärkt werden.

Jetzt komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag 16/9273 der Fraktionen der CSU und der FDP. Mit Ja haben gestimmt 88, es gab keine Nein-Stimmen. Es gab 69 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/9260 mit 16/9263, 16/9275 und 16/9276 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/9262

Keine Kürzung der Städtebauförderung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatler: **Max Strehle**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit und der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 53. Sitzung am 28. September 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 68. Sitzung am 27. Oktober 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 27. Oktober 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Hanisch
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/9262, 16/10126

Keine Kürzung der Städtebauförderung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

